



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,  
Energie und Kommunikation UVEK

**Bundesamt für Raumentwicklung ARE**

---

# Richtplan Kanton Graubünden

## Richtplananpassung Kapitel 5.5 "Störfallvorsorge"

### **Vorprüfungsbericht**

11. April 2024

---



**Autor(en)**

Marlies Schneider, Richtplangruppenleiterin Ostschweiz II, Sektion Richtplanung (ARE)

**Aktenzeichen**

ARE-211-18-59

# 1 Verfahren

Der Kanton kann die Richtplananpassung dem ARE gemäss Artikel 10 Absatz 3 der Raumplanungsverordnung vom 28. Juni 2000 (RPV, SR 700.1) zur Vorprüfung einreichen. Die Vorprüfung durch den Bund läuft normalerweise parallel zur öffentlichen Mitwirkung der Richtplananpassung. Mit dem Vorprüfungsbericht des Bundes wird der Kanton auf die Differenzen der Richtplananpassung mit dem Bundesrecht aufmerksam gemacht, die einer späteren Genehmigung entgegenstehen könnten.

## 1.1 Vorprüfungsantrag Kanton

Mit Schreiben vom 19. Februar 2024 reichte der Kanton Graubünden die Richtplananpassung Kapitel 5.5 "Störfallvorsorge" zur Vorprüfung durch den Bund ein.

Dem Antrag des Kantons Graubünden lag folgendes Dokument bei:

- Entwurf Richtplananpassung Kapitel 5.5

## 1.2 Vorprüfungsprozess Bund

Das ARE hat mit dem Schreiben vom 29. Februar 2024 alle betroffenen Bundesämter der Raumordnungskonferenz des Bundes (ROK) um Stellungnahme zur Richtplananpassung gebeten. Angesprochen wurden das Bundesamt für Strassen (ASTRA), das Bundesamt für Umwelt (BAFU), das Bundesamt für Verkehr (BAV), das Bundesamt für Energie (BFE), das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) und die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB).

## 1.3 Stellenwert des Vorprüfungsberichts

Im Rahmen des Vorprüfungsverfahrens ist zu klären, ob die vorliegende Richtplananpassung mit dem Bundesrecht im Einklang steht. Für die Prüfung massgebend sind insbesondere die Bestimmungen des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 (RPG; SR 700), der RPV sowie der Umsetzungsinstrumente, insbesondere der Ergänzung des Leitfadens Richtplanung.

Die Rechtmässigkeit im Richtplan vorgesehener Vorhaben und Zonierungen wird summarisch geprüft; erhebliche Zweifel an der Rechtmässigkeit sind zumindest transparent zu machen. Der vom Bundesrat genehmigte Richtplan dient dazu, Vorhaben auf der Basis von entsprechenden Richtplanfestlegungen zügig einem rechtmässigen, grundeigentümergebundenen Entscheid zuzuführen, der die im Richtplan zum Ausdruck kommenden Prioritäten und Wertungen berücksichtigt. Er ist selber jedoch noch kein Garant für die Rechtmässigkeit eines Vorhabens. Dies gilt analog für im Richtplan vorgesehene Zonierungen.

# 2 Inhalt des Richtplans und Beurteilung

## 2.1 Siedlung

### Neues Richtplankapitel 5.5 Störfallvorsorge

Der Kanton Graubünden hat im Rahmen der Genehmigung der Richtplananpassung Kapitel 6 Verkehr vom 14. April 2022 den Auftrag erhalten, den kantonalen Richtplan in Bezug auf die Koordination zwischen Raumplanung und Störfallvorsorge zu ergänzen. Der Bund begrüsst, dass der Kanton Graubünden

den diese Aufgabe rasch angegangen ist und nun das neue Richtplankapitel 5.5 Störfallvorsorge erarbeitet hat.

Das neue Richtplankapitel enthält die Zielsetzung, dass die Siedlungsentwicklung, die Siedlungsverdichtung und das Thema Störfallvorsorge so aufeinander abgestimmt werden, dass Störfall-Risiken möglichst nicht erhöht werden. Weiter formuliert der Kanton behördenverbindliche Leitsätze, dass mittels Störfallvorsorge Risiken minimiert werden sollen und dass «empfindliche Nutzungen» vor Gefahrenpotential geschützt werden. In den Handlungsanweisungen formuliert der Kanton Aufträge zum Thema Störfallvorsorge und legt Zuständigkeiten bei Kanton und den Gemeinden fest. Darin wird festgehalten, dass Gemeinden bei ihren Planungen den «Risikokataster gemäss Störfallverordnung» zu berücksichtigen haben. Gemeinden müssen feststellen, ob sich der Perimeter der Planung innerhalb eines Konsultationsbereiches befindet. Bei Risikorelevanz ziehen sie frühzeitig das Amt für Natur und Umwelt (kantonale Vollzugsbehörde) bei. Der Konsultationsbereich der verschiedenen störfallrelevanten Anlagen ist im Mapservice «Risikokataster gemäss Störfallverordnung» abgebildet, welcher im Richtplankapitel verlinkt ist. Der Kanton führt den Risikokataster periodisch nach und integriert dabei die aktuellsten Störfalldaten des Bundes. Weiter wird festgehalten, dass der Kanton im Rahmen von Richt- und Ortsplanungsrevisionen mit Vorhaben in Konsultationsbereichen überprüft, ob die Anforderungen an die Störfallvorsorge eingehalten sind.

Der Kanton verweist in den Erläuterungen des Richtplankapitels auf die Planungshilfe «Koordination Raumplanung und Störfallvorsorge» des Bundes vom Juni 2022. Darin wird festgehalten, dass im kantonalen Richtplan Ziele zur Koordination von Raumplanung und Störfallvorsorge festgelegt werden müssen. Weiter sollten Grundsätze zur Koordination formuliert werden. Der Kanton Graubünden kommt diesen Vorgaben mit den aufgenommenen Zielen und Leitsätzen im neuen Richtplankapitel nach. Weiter wird in der Planungshilfe festgehalten, dass zusätzlich zu den eher abstrakt formulierten Zielen und Grundsätzen zur Koordination von Raumplanung und Störfallvorsorge sinnvollerweise auch gewisse verbindliche Aufträge an die Planungs- und Genehmigungsbehörden festgelegt werden. Auch diesem Punkt kommt der Kanton Graubünden nach. Das ARE stellt fest, dass die Erarbeitung des Richtplankapitels 5.5 «Störfallvorsorge» im Sinne der Planungshilfe «Koordination Raumplanung und Störfallvorsorge» des Bundes erfolgt ist.

Das BAFU stellt fest, dass das Richtplankapitel 5.5 «Störfallvorsorge» über die Verhütung von schweren Unfällen ein Musterbeispiel seiner Art ist. Es enthält nach seiner Auffassung alle relevanten Elemente, die zu diesem Thema in einem Richtplan erwartet werden, insbesondere in Bezug auf die Koordination von Raumplanung und Störfallvorsorge.

Der Bund hat keine weiteren Bemerkungen zum neuen Richtplankapitel 5.5 «Störfallvorsorge».

Bundesamt für Raumentwicklung  
Richtplangruppenleiterin Ostschweiz II

Marlies Schneider